



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Schmeidler, Carl: Die jüngste Parlaments- Session in England : II. Innere englische Angelegenheiten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

rend dieser Zeit ganz allein von seinem jungen Bruder Benjamin redigirt, der es verstand, wie er selbst sagt, seinen Gegnern gehörig auf die Finger zu klopfen. Wir folgen dem Journal nicht weiter in seinen mannigfachen Erlebnissen, bis zu seiner nächsten Verurtheilung, im Jahre 1723, durch Lord Cofe, welche zur Folge hatte, daß man alle Artikel und Manuscripte einer strengen Censur unterwarf. Dieser Maßregel begegneten die Franklin's aber dadurch, daß James seinen Namen von der Redaction zurückzog und Benjamin für ihn eintrat: der Name des großen Mannes figurirte noch lange nach seiner Abreise aus Boston, bis zum Eingehen des Blattes, Ende 1727, als Redacteur auf demselben. Acht Monate nach der zweiten Verurtheilung des Courant verließ Benjamin Franklin in Folge häuslicher Zwistigkeiten mit seinem Bruder und seinem Vater heimlich Boston und wandte sich nach Philadelphia. James, der sein Blatt ohne die thätige Mithülfe seines intelligenten Bruders nur mit Mühe fortsetzen konnte, ließ dasselbe eingehen und siedelte nach Rhode-Island über, wo es noch keine Druckereien gab und etablirte sich zu Newport, das bis zur Revolution die zweitgrößte Stadt Neu-Englands war. Er veröffentlichte dort, vom September 1732 ab die Rhode-Island Gazette, wurde jedoch von diesem Unternehmen schon im Februar 1735 plötzlich durch den Tod abgerufen. Nach kurzer Unterbrechung setzten die Wittve und die Erben das Journal fort. In Boston selbst gründete der Besitzer des Boston-News-Letter, der hauptsächlich mit Tagesneuigkeiten und Annoncen angefüllt war, noch eine andere, der Politik gewidmete Zeitung, unter dem Titel Weekly-News-Letter, dessen erste Nummer am 5. Januar 1727 erschien. Green vereinigte sehr bald beide Blätter in den Boston Weekly-News-Letter, eine Zeitung, die, obgleich sie eine politische zu sein prätendirte, doch ihre Hauptforge sein ließ, mit Jedermann in Frieden zu leben und sich niemals ähnliche Kühnheiten zu erlauben, wie die, welche dem „Courant“ eine so gefährvolle Berühmtheit eingebracht hatten. (Fortsetzung folgt.)

## Die jüngste Parlaments-Session in England.

### II. Innere englische Angelegenheiten.

In der Pontus- und der deutsch-französischen Frage konnte sich das englische Ministerium in die Hauptangriffe immer noch mit den Regierungen der fremden Völker theilen; bei den inneren Fragen war es dagegen der alleinige Zielpunkt, und mehrmals nahe daran, dem Sturme weichen zu müssen, namentlich bei jenen gefährlichen Gesekentwürfen, durch welche der Geld-

beutel in Anspruch genommen werden sollte, und hoch und niedrig, reich und arm verstimmt wird: die Erhöhung des Budgets und die Vermehrung und Erweiterung der Steuern.

Am 16. Februar legte der Kriegsminister Cardwell eine Bill vor, betreffend die Heeresorganisation, deren Grundzüge er in zweifündiger Rede dem Unterhause erläuterte. Nachdem er einen Ueberblick über das Heerwesen in seiner heutigen Verfassung geworfen und die Erhöhung um 2,886,700 Pfd. St. über die Voranschläge des letzten Jahres erklärt hatte, bemerkte er: vor der Hand werde die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht beabsichtigt; indessen werde die Vorlage eine Bestimmung erhalten, unter der möglich sei, im Falle der Noth die Wehrpflicht allgemein aufzuerlegen. Er kündigte die Abschaffung des Stellenkaufs und die Amalgamirung der Landstreitkräfte an, wonach die Milizen und Freiwilligen direct der Krone untergeordnet werden, um ein engeres Zusammenwirken der gesammten Streitkräfte herzustellen. Für die Ausführung der Abschaffung des Stellenkaufs soll eine Commission zusammentreten, welche die Ansprüche der in der Armee befindlichen Officiere nicht nur auf die bestimmungsmäßig ihnen beim Ausscheiden zuständigen Preise, sondern auch für die im Laufe der Zeit eingeschlichenen eigentlich gesetzwidrigen Zuschläge zu jenen Summen aufzustellen und beim Rücktritt der einzelnen Officiere abzulösen hat. Da die Zahl der zum Ausscheiden zuzulassenden Officiere nach einer Durchschnittsrechnung über die letzten fünf Jahre beschränkt wird, so vertheilen sich die im Ganzen nöthigen Ausgaben zu diesem Zwecke, im Betrage von 7,600,000 bis 8,400,000 Pfd. St. über eine Reihe von Jahren. Der Ersatz an Officieren wird in Zukunft für die Armee aus den Zöglingen der Militärschule in Sandhurst, aus der Zahl der durch bestandenes Examen Qualificirten, aus der durch Universitätsdiplom von diesem Examen Dispensirten, aus bewährten Milizofficieren und aus Cadetten bestehen. Die Beförderung wird nicht nach dem Dienstalter, sondern durch die freie Wahl des Oberbefehlshabers mit Rücksicht auf individuelle Tüchtigkeit bestimmt und unterliegt der Bestätigung des Kriegsministers. Die Freiwilligen sollen eine sorgfältigere Ausbildung erfahren und die gelegentlichen Uebungen mit regulären Truppen unter die Kriegsartikel gestellt werden. Das ganze Land wird in Bezirke getheilt, und die Bezirksbehörden, an deren Spitze ein Oberst vom Generalstabe tritt, haben den Oberbefehl über 15 bis 20,000 Mann Miliz und Freiwillige und zu gleicher Zeit die Recrutirung für die Armee, so daß die einzelnen Regimenter der verschiedenen Truppen sich regelmäßig aus derselben Gegend bilden und ergänzen. Die Heeresstärke wird künftig 470,000 Mann betragen, davon 135,000 Mann reguläre Truppen, 139,000 Mann Milizen, 14,000 Yeomen, 9000 erster und 3000 zweiter Armeereserve und Verabschiedeter, 170,000 Mann Freiwillige.

Dadurch werden 12,000 Mann bei der Infanterie, 5000 der Artillerie, 2000 der Cavallerie, 1000 den anderen Kategorien der Armee mehr zugeführt. Bei der Infanterie bestehen dann 40 Regimenter aus 850, die übrigen aus 600 Mann.

Außer den für diese Einrichtungen bestimmten Kosten werden noch besondere Ausgaben für Befestigungen der Häfen von Dover, Harwich und Malta, sowie für Vermessungsarbeiten zu Errichtung von Defensivstellungen um London und an der Küste beansprucht. — Es fand sich in und außerhalb des Parlaments gegen diese Pläne Widerspruch. Bei einem Meeting der Arbeiter-Friedensgesellschaft waren mehrere Parlamentsmitglieder erschienen, wie Sir Morley, Sir W. Lawson und Lord Amberley, in deren Gegenwart die Resolutionen, welche gegen die Verstärkung der Kriegsmacht protestirten und die Regierung aufforderten, die Initiative zu ergreifen, um einen Appellhof der Nationen zu gründen behufs Erledigung von Streitigkeiten, einstimmig angenommen wurden. Im Oberhause bezeichnete Carnarvon die Vorlage des Kriegsministers als übertrieben und unzureichend; für die Dauer der Einrichtungen sei keine Garantie gegeben, da das Parlament die Möglichkeit habe, in der nächsten Session Abstriche vorzunehmen. Er tadelte, daß man früher die Artillerie vermindert habe; er gab die Nothwendigkeit der Vervollständigung der Fortificationen zu, verlangte aber auch, daß der strategische Unterricht der Officiere verbessert werde. Die Regierungsvorlage wurde von Northbrook und dem Herzoge von Cambridge (der jetzt Chef-Commandeur ist) vertheidigt; der letztere erklärt, daß die Modification des gegenwärtigen Militärsystems der Einführung eines neuen Systems vorzuziehen sei; durch dieselbe werde die Vertheidigungskraft gehoben werden. Im Allgemeinen aber zeichneten sich die Debatten des Oberhauses überhaupt nicht durch so große Lebhaftigkeit aus, wie in dem andern Hause. Die Conservativen in beiden Häusern wollten die Heeresreformbill nicht, weil die Käuflichkeit der Officiersstellen aufhörte und das Officier-Corps dadurch seines vorwiegend aristokratischen Charakters wenigstens theilweise entkleidet werde. Die Friedensfreunde sahen sich durch die Vermehrung des Heeres ferner von dem Ziele ihrer Bestrebungen. Die Fachleute erklärten, daß die Verstärkung der Wehrkraft keine genügende sein werde; die meisten der übrigen Klassen widersprehten der Erhöhung des Budgets, und die Radicals hielten die Bill für durch und durch verfehlt, wie John Mill in einem Meeting geradezu aussprach. Mr. Trevelyan beantragte im Februar im Unterhause die Resolution: „daß nach der Ansicht des Hauses kein Plan der Militär-Reorganisation als vollständig betrachtet werden könne, welcher nicht die Zeitdauer des Chef-Commando's in solcher Weise ändert, um den Staatssecretär für den Krieg in den Stand zu setzen, das jeweilig in der britischen Armee vorhandene beste administra-

tive Talent und die frischeste militärische Erfahrung ungehemmt zu benutzen, und daß die Erwägung der in der Abschaffung des Kauffsystems mit inbegriffenen Kosten die sofortige Abschaffung veralteter und antiquirter Quellen militärischer Ausgaben dringend erheische.“ Der Redner tadelte das General-Commando, daß es das Kauffsystem nicht bald nach dem Krimkriege abgeschafft habe. Dasselbe habe die Erhöhungen im Militärbudget veranlaßt, was trotzdem das Verlangen nach größeren Rüstungen nicht verhindert habe. An allen diesen Schäden und Mängeln trügen der Herzog von Cambridge und die Horse Guards (General-Commando) die Schuld. Der Antrag Trevellyans wurde von Mr. Anderson unterstützt, welcher ein Abhülsemittel in der Reducirung der hohen Sold-Scala und der Beseitigung vieler Aemter fand. Nachdem Mr. Osborne, welcher den Antragsteller beschuldigte, alte Reden copirt zu haben, Capitän Vivian und der Kriegsminister gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit 201 gegen 83 Stimmen abgelehnt. — Die Debatte wurde in den Märzsitzen immer lebhafter, als die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs stattfand. Pakington erklärte sich in scharfer Weise gegen denselben; dem Lande erwachse dadurch keine erhöhte Vertheidigungskraft, nur eine erhöhte Ausgabe von 8 Millionen. Das System des Stellenkaufs habe jede Protection ausgeschlossen, jeden Einfluß des jeweilig herrschenden Systems, jede persönliche Gunst oder Ungunst; durch die Regierungsvorlage würde eine solche Beeinflussung geschaffen. Aehnliche Gedanken sprach Elcho aus, der tadelte, daß weder für ein genügendes Recrutirungssystem noch für ausreichende Ausbildung der Reserve Vorsee getroffen sei. Disraeli empfahl und unterstützte die zweite Lesung, indem er die Hoffnung aussprach, der Entwurf werde Verbesserungen in den Comité-Berathungen erhalten. So wurde denn die zweite Lesung beendet.

Zu den Erhöhungen dieser Organisation traten Mehrausgaben für das Flotten-Budget von 385,000 Pfd. St. für das laufende Jahr, welche der neue Marineminister Göschen, oder Goschen, wie er sich jetzt selbst nennt, der Nachfolger des kranken Childers, mit großer Ausführlichkeit motivirte. Die Kosten sämmtlicher Flotten-Etablissements für das Verwaltungsjahr 1871—72 veranschlagt er auf 9,756,000 Pfd. St.; davon kämen auf Sold, Verproviantirung, Bekleidung und Pensionen  $5\frac{1}{2}$  Millionen, auf Material mit Einschluß der Geschütze  $2\frac{1}{4}$  Millionen, auf Erweiterung der Werste etwas über  $\frac{1}{2}$  Million und der Rest auf diverse Gegenstände. Die Zahl der Matrosen und Schiffszungen sei dieselbe, 61,000, aber was von neuen Schiffen gebaut wird, solle in die Klasse der kleinen leichtgehenden Fahrzeuge gehören, da England an schweren Panzerschiffen allen übrigen Seemächten lange voraus sei und in dieser Sphäre keinen ebenbürtigen Gegner zu fürchten habe. Die Regierung schlage daher vor, die bereits in Angriff genommenen Panzerschiffe — Thunde-

rer, Devastation, Fury und Robert — zu vollenden, im Uebrigen aber nur Fahrzeuge leichter Gattung zu bauen, wodurch mit Einschluß der eben genannten der Tonnengehalt der Flotte um mehr als 22 Tausend Tonnen vermehrt werden würde. Die Zahl der schweren Geschütze wurde auf 1901 im activen Dienste disponible angegeben. Durch diese Voranschläge, versichert Goschen, werde das Land gegen jede Eventualität sicher gestellt werden. Gegen einzelne Punkte wurden hier von der Opposition wohl Einwendungen gemacht, aber keiner wurde ernstlich beanstandet und die Positionen bald genehmigt.

Derselbe Minister meldete kurz vor Beginn der Osterferien zwei Bills an, welche eine vollständige Reform der localen Besteuerung und Verwaltung im Lande bezweckten. Aus den sie begleitenden Erläuterungen ging hervor, die localen Einnahmen der sämtlichen Gemeinde-Corporationen in England und Wales über 30 Millionen Pfd. St. jährlich betragen. Namentlich die industriellen Städte haben demnach einen ungeheuren Aufschwung gewonnen, indem die vier hauptsächlich städtischen Grafschaften Lancashire, West-Riding von Yorkshire, Middlesex und Surrey mehr als 58 Procent der localen Steuern getragen haben, den Rest das ganze übrige England. Die Lesung dieser Vorlagen wurde aufgeschoben, weil sich die beiden Häuser über das Osterfest vertagten, nachdem ihnen der Schatzkanzler die Vorlage des Budgets bald nach Ostern versprochen hatte. Das Finanzjahr beginnt hier mit dem 1. April. Man sah der Erklärung des Deficits bereits entgegen, das der neue Etat bringen müßte, und war gespannt darauf, welcher Art der Antrag für die Deckung desselben sein werde.

Am 20. April legte der Schatzkanzler Lowe dem Unterhause das Budget vor. In früheren Jahren konnte dabei die angenehme Mittheilung eines Plus gemacht werden, wodurch die Steuern ermäßigt wurden, und das Ministerium Gladstone hatte sich hierdurch in seiner Stellung immer mehr befestigt. Jetzt hatte der Schatzkanzler ein Minus zu begründen, das mittelbar der deutsch-französische Krieg herbeiführte. Das war jetzt um so bedenklicher, als mehrere principielle Abstimmungen für das Ministerium keine besonders große Majorität ergeben hatten, wie noch zwei Tage zuvor bei einer Cabinetsfrage über die Entlassung des Admirals Sir Spencer Robinson die Opposition 104 gegen 153 Stimmen abgab, während noch vor wenig Wochen eine Majorität von 80 Stimmen für das Ministerium gewesen war. Außer den Erhöhungen im Militär- und Marine-Stat zeigte das Budget noch mehr Ausgabe-Vermehrungen, für Unterrichtszwecke, für die Volkszählung u. s. w., im Ganzen 5 Millionen Pfd. St. mehr als im vorhergehenden Jahre, so daß die ganze Budget-Ausgabe 72,308,000 Pfd. St. betrug, während die Einnahmen, geringer als im Vorjahr, auf nur 69,595,000 Pfd. St. veranschlagt waren.

Zur Beschaffung des Fehlenden schlug der Schatzkanzler eine Erhöhung der Erbschafts- und Vermächtniß-Stempel und eine Zündhölzchensteuer vor, welche  $\frac{1}{2}$  oder 1 Penny, je nachdem dieselben aus Holz oder aus Wachs bestehen, für die Schachtel bis zu 100 Stück in aufzuklebenden Marken betragen sollte; der Rest sollte durch eine Erhöhung der Einkommensteuer aufgebracht werden, und zwar war die Erhöhung von 4 Pence (auf 1 Pfd. St.) auf  $5\frac{1}{4}$  Pence berechnet, wodurch ein Procentsatz von 2,2 heraus käme. — Es fanden sich sogleich mehrere Stimmen gegen diese letzten Propositionen; als aber auf den Antrag des Ministers, diese Steuern durch eine Resolution grundsätzlich zu billigen, abgestimmt wurde, blieb die Opposition mit 44 gegen 201 Stimmen in der Minorität. Jedoch wurden Resolutionen gegen die Finanzmaßregeln angekündigt.

Am 24. April Nachmittags, noch ehe über die Vorlagen weiter debattirt worden, hatten sich die Streichholzarbeiter, zwar auch Frauen und Männer, zum großen Theil aber Knaben und Mädchen zu vielen Tausenden versammelt und marschirten mit Fahnen und Placaten, die ihnen unterwegs noch Genossen zuführten, unter dem Gesange von Liedern, wie „vom bösen Finanzminister“ mit dem Refrain: „wir hängen ihn an einen sauren Apfelbaum“ — gegen das Parlamentsgebäude heran, um eine Massenpetition gegen die Zündholzsteuer zu übergeben. Sie wurden aber von einer Masse Policisten, die an verschiedenen Stellen aufgestellt waren, theils zerstreut, theils in der unsanftesten Art, so daß es blutige Köpfe gab, zurückgedrängt. In Folge dessen wurde eine Interpellation im Parlament an den Minister gerichtet, der dazu bemerkte, das Gesetz verbiete die Einbringung von Massenpetitionen. Herr Robert Lowe soll durch einen geheimen Gang in's Parlament gekommen sei.

In der darauf beginnenden Sitzung des Unterhauses beantragte Mr. White die Resolution, daß die vorgeschlagene Zusatz-Besteuerung dem Volke Lasten auferlegen würde, welche sich durch die gegenwärtigen Umstände nicht rechtfertigen ließen. Er warnte die Regierung davor, sich einen großen Theil ihrer Anhänger abwendig zu machen; sie habe die Einnahmen zu niedrig angenommen und die Ausgaben ließen sich durch Sparsamkeit vermindern. Schließlich verurtheilte er die Zündholzsteuer vollständig. Auch andere Redner, wie Mr. Rylands, Sir Selwyn Ebbeton, Mr. Holmes traten der Resolution bei, und es fielen harte Worte, wie „Confiscation der Privat-Industrie,“ „der Thätigkeit verschwenderischer Beamten sei das Budget zu verdanken“ u. s. w. Der Schatzkanzler erwiderte: ein Privatmann müsse seine Ausgaben seinem Einkommen anpassen, ein großes Land dagegen müsse zuerst seine Bedürfnisse kennen lernen und sich dann hinsichtlich ihrer Befriedigung entscheiden. Die Resolution beabsichtige, die Regierung zur Zurücknahme ihrer Voranschläge zu

bewegen, während das Haus bereits eine starke Erhöhung beschlossen habe. Wenn auch von Seiten des Mr. White und seiner Freunde, sei doch von der Seite der Conservativen, welche ja fortwährend die Vermehrung der Vertheidigungsanstalten des Landes verlangt hätten, nicht begreiflich, daß sie diesen Antrag unterstützten. Die Einwendungen gegen die neue Steuer seien gegen jede Steuer anwendbar; es genüge nicht zu beweisen, daß eine Steuer schlecht sei, sondern man müsse auch etwas Besseres an deren Stelle setzen können. Die Gegner verwahrten sich sämtlich gegen den Verdacht, aus Parteinotiven zu sprechen. Disraeli erklärte, das Haus würde es im Ganzen mit einem Deficit von 5 Millionen zu thun haben, welchem zu begegnen, der vorgeschlagene Weg nicht geeignet wäre. Die Zündhölzchensteuer sei eine höchst unbesonnene Idee, und die Abänderungen in den übrigen Steuern ließen sich ebenso wenig rechtfertigen. Er hoffe, die Regierung werde es nicht zur Abstimmung kommen lassen, sondern in Berücksichtigung der Vorstellungen ihrer eigenen Anhänger nachgeben oder das Budget vertagen, und sie könne versichert sein, daß die Opposition in kein Triumphgeschrei ausbrechen werde. Es sei eine alte Regel, daß wegen Meinungsverschiedenheiten über finanzielle Vorlagen die Regierung nicht zurückzutreten brauche, und Mr. Gladstone werde wohl nicht so thöricht sein, zu dieser Zeit des Jahres eine Minister-Krisis und eine Schein-Resignation in Scene zu setzen. Gladstone erwiderte darauf, es gäbe kein Beispiel, daß ein Budget zurückgenommen und radical umgeformt worden sei. Die Resolution sei so schlau abgefaßt, daß sich leider die entgegengesetzten Parteien zu ihrer Unterstützung entschließen könnten, und dennoch habe sich das Haus gegen die Forderung Lindsays und Anderer entschieden, man solle keine Erhöhung der Steuern zugeben.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution mit 257 gegen 230 Stimmen abgelehnt, das Ministerium hatte also nur noch die geringe Majorität von 27 Stimmen zu seinen Gunsten erlangt. Einen eigenthümlichen und für das Ministerium durchaus nicht günstigen Eindruck machte, daß während der Sitzung am Themseufer eine die Zugänge zum Parlamentshause bewachende Polizeimannschaft versammelt war, als wenn, wie die Times sagte, Westminster Hall in Gefahr wäre, von einer Commune Londons genommen zu werden; dies sei eine Schaustellung von Stärke gewesen, welche sehr nach der Verwirrung der Schwäche aussah.

Als am nächsten Tage Mr. Disraeli eine neue Resolution gegen die Finanzvorschläge ankündigte, erklärte endlich der Schatzkanzler Mr. Lowe, daß die Regierung Angesichts des Mißfallens, welches die Zündhölzchensteuer vielfach erregt habe, sich zur Zurückziehung derselben entschlossen, sie beharre aber auf den übrigen Vorlagen; wodurch Ersatz geschaffen werden solle, darüber werde sie nach zwei Tagen Vorschläge machen. Am 27. April waren die

Räume des Unterhauses Kopf an Kopf besetzt, alles war gespannt auf die neue Vorlage. Statt Lowes erhob sich der Premier und erklärte: Das Ministerium habe das ganze Budget einer völligen Prüfung unterworfen und dabei die verschiedenen Angriffe möglichst berücksichtigt, die mitunter nur durch zufällige Bündnisse unter sich feindlicher Parteien ihre Stärke erhalten hätten. Die Regierung habe beschlossen, auch den Antrag über die Erhöhung der Erbschaftsteuer zurückzuziehen. Den Ersatz solle das einfachste Mittel bilden, die Steigerung der Einkommensteuer um 2 Pence statt um  $1\frac{1}{2}$  Penny.

Aber weder Disraeli noch ein anderer der Redner war mit diesem Auskunftsmittel einverstanden; man war unzufrieden mit der Beibehaltung des hohen Ausgabe-Budgets, und mehrere Mitglieder kündigten Resolutionen gegen die Erhöhung der Einkommensteuer an. Die Verlegenheit im Cabinet war groß und der Hauptgegner desselben, Mr. Disraeli, der gegenwärtig zwar nicht den Sturz, aber wenigstens eine Demüthigung herbeizuführen suchte, war in besonders guter Laune, die er auch bei Gelegenheit der Eröffnung der Industrie-Ausstellung am 1. Mai an den Tag legen konnte. An diesem Tage stand die Entscheidung über vier Anträge gegen das Cabinet bevor; vor allen war der von W. S. Smith, dem conservativen Mitgliede von Westminster, auf die Tagesordnung gestellt. Die Regierung hatte beschlossen, alle zu bekämpfen. Beide Parteien sahen sehr wohl ein, daß Disraeli, selbst wenn das gegenwärtige Cabinet nicht die Majorität erhielt, nicht im Stande sein würde, mit den Tories die Regierung zu übernehmen. Aber die Partei riß sich doch die Hände, wenn sie die Majorität von der Höhe, auf die sie sich durch einige glückliche Budgets gehoben hatte, jetzt immer mehr herabsinken sah.

Mr. Smith erklärte in seiner Motion die Erhöhung der Einkommensteuer für inopportun und ungerechtfertigt, da sie namentlich die ärmeren Klassen treffen würde. Zuerst antwortete ihm im Namen der Regierung der Präsident des Armenamtes, der früher beim Schatzamte thätig gewesene Stansfeld, mit einer Anspielung auf die Absicht des Ministeriums, aus der Sache eine Cabinetfrage zu machen. Ferner griff er zu dem Auskunftsmittel, den in der Hauptsache vorübergehenden Charakter der Mehrbelastung des Militär-etats darzulegen. Die weitere Erhöhung der Einkommensteuer vertheidigte Stansfeld durch den Hinweis auf die Gefahren für die Staatsschuldentilgung, welche entstehen müßten, wenn man einmal zu dem Mittel greifen wollte, die Suspendirung der terminablen Leibrenten eintreten zu lassen. Hierauf erklärte der Premier selbst, daß er allerdings auf sein Verbleiben im Amte großen Werth lege, indeß würde es ihm für seinen Sturz ein Trost sein, wenn er hoffen dürfe, daß seine Nachfolger eine sparsamere Amtsverwaltung führen würden. Den Plan, die terminablen Leibrenten zu suspendiren, um

eine Erhöhung der Steuern zu vermeiden, erklärte er für ein Muster von grober politischer und finanzieller Quacksalberei.

Disraeli trat jetzt auf, um seine Meinung dahin auszusprechen, daß die Erhöhung der Einkommensteuer vor Allem nicht der Rettungsanker für verzweifelte und in Noth befindliche Minister werden dürfe. Als Gegenvorschläge empfahl er, die Abschaffung des Stellenkaufs in der Armee und die Uebergabe der Häusersteuer zu den Communalabgaben fallen zu lassen, und versprach, wenn man in diesen Punkten nachgebe, alles Mögliche bei der Einkommensteuer zu bewilligen. Als es zur Abstimmung kam, wurde der Antrag Smith mit 335 gegen 250 Stimmen abgelehnt. Aber es war damit der Widerstand noch nicht beseitigt, denn jetzt wurde nur der von conservativer Seite gerüftete Angriff zurückgeschlagen, während am 5. Mai ein Feind bekämpft werden sollte, der sich zum Theil aus den Reihen der Partei des Ministeriums gebildet hatte. Das liberale Mitglied M'Cullagh Torrens stellte den Antrag, die Einkommensteuer nicht auf 6, sondern auf 5 Pence zu erhöhen, und den Ausfall durch einjährige Unterbrechung in der Tilgung der Zeitrenten zu decken, welche sich in den Händen der Staatsschulden-Commission befinden. Uebrigens behauptete er, daß die nothwendigen Bedürfnisse des Staates für das nächste Jahr mit Hülfe der Fünfpencesteuer zu befriedigen seien, wenn man in billiger Weise die überschießenden Kosten auf mehrere Jahre vertheile. James White und mehrere andere Redner unterstützten den Antrag, aber nur die unabhängigen Mitglieder der liberalen Partei wagten beizustimmen, da die übrigen den Rücktritt des Ministeriums fürchten mußten. Als über den Antrag Torrens abgestimmt wurde, hatte dieser 248 Stimmen für sich, aber das Ministerium deren 294, also immer noch eine geringe Majorität.

Es war jetzt einerseits nach den lebhaften Kämpfen, aus denen die Minister doch immer noch siegreich hervorgingen, eine Erschlaffung eingetreten, andererseits fürchtete man mit einer Fortsetzung des Streites zu viel Zeit zu verlieren. Demnach war zu erwarten, daß die Vorlagen, nachdem sie in den Comités durchberathen, wahrscheinlich angenommen werden würden. Doch war das Ministerium davon, nachdem seine Majorität bei den letzten Debatten in wenigen Tagen von 85 auf 46 Stimmen herabgegangen, noch nicht vollständig überzeugt, es mußte also immer fürchten, daß dieselbe einmal auf Null herabsinken könnte. Nach Verlauf von zwei Monaten kam die Heeresreformbill im Unterhause endlich zur dritten Lesung. Diesmal wurde von Duttlas der Antrag eingebracht, dieselbe zu verwerfen; er wurde jedoch mit einer den früheren Abstimmungen entsprechenden Majorität, mit 289 gegen 231 Stimmen am 3. Juli abgelehnt. Mit Ausnahme des Organs der Tories, des Standard, welcher die Folgen der Bill in sehr trübem Lichte darstellte und Befürchtungen aussprach, daß man die gefährlichste Menschenclasse

für die militärische Profession erziehen wolle, — erklärten alle übrigen Blätter in England ihre Befriedigung mit dem Resultat. Zugleich war damit die Hauptfrage vom ganzen Budget entschieden.

Nachdem die Bill im Unterhause in drei Lesungen angenommen war, gelangte sie an das Oberhaus, wo noch schlimme Kämpfe des Ministeriums harrten. Bereits gegen Ende Juni war die Opposition beim Herzog von Richmond zusammengetreten, um über die Haltung zu berathen, welche sie der Bill gegenüber einnehmen würde, und hatte dort den Beschluß gefaßt, sie zu Falle zu bringen. Man beabsichtigte das Resultat nicht allein wegen der Abschaffung des Stellenkaufs, sondern weil man meinte, es werde dadurch niemals überhaupt eine entsprechende Reorganisation des Heeres zuwege gebracht. Die Entscheidung ließ nicht lange auf sich warten.

Zur Sitzung am 17. Juli war trotz der ungewöhnlich heißen Witterung sowohl das Haus selbst als der Zuhörerraum bedeutend gefüllt und mit Lebhaftigkeit und Schärfe wurde über das Thema gestritten. Lord Salisbury verschonte in seiner Rede weder die Minister noch das Unterhaus, die Wähler und die Vorlage. Gegen 2 Uhr Morgens kam es zur Abstimmung, welche nach dem Antrage des Herzogs von Richmond die Verwerfung der Abschaffung des Stellenkaufs mit 155 gegen 130 Stimmen in erster Lesung ergab und mit lebhaften Zurufen der Majorität begrüßt wurde.

Wenige Tage darauf theilte Carl Granville dem Oberhause mit, daß die Regierung der Königin gerathen habe, den Stellenkauf mittelst Decretes abzuschaffen. Die Königin habe eingewilligt und so werde das System vom 1. November 1871 ab beseitigt sein. Der Minister erklärt u. a.: Den Herrlichkeiten würde die Verantwortlichkeit erspart und fiel allein dem Unterhause und der Regierung zur Last; er sei überzeugt, sie würden mit der Berathung über die übrigen Bestimmungen der Heeresbill. fortfahren. Sie könnten ja durch Amendement bekunden, daß sie die Verantwortlichkeit ablehnten. Richmond erklärte, daß ihm die Anzeige überraschend gekommen sei und er sich Meinungsäußerung vorbehalte. Am nächsten Tage beantragte er, sobald das Haus beschließe, in die zweite Lesung einzutreten, eine Erklärung als Einschaltung, daß es das Verfahren der Regierung sehr verdammen müsse, daß die Lesung aber bis zum 31. Juli vertagt werde. An diesem Tage erklärte der Herzog, daß das Ereigniß in der englischen Parlamentsgeschichte fast beispiellos sei und den Lords die Verpflichtung auferlege, die Ehre und Würde des Hauses aufrecht zu erhalten. Wenn der Krone versichert worden sei, sie handle nach dem statutarischen Gesetze, so sei das unrichtig und Ihrer Majestät Unterschrift sei in ungeeigneter Weise erhalten worden. Es sei ein Eingriff in die Legislative functionirender Lords, diese Angelegenheit aus ihren Händen zu nehmen, während die Bill noch vorliege. Er beantragt

einen Protest dagegen, da das Verfahren eines herrschsüchtigen Ministers alle Discussion ins Stocken bringe. Granville führt dagegen Präcedenzfälle an, worauf Salisbury ihm erwidert, man kenne den Dictator, unter welchem Granville diene, dies herrschsüchtige Ministerium habe die Prærogative der Krone mißbraucht. Das Richmondsche Tadelsvotum gegen die Regierung wurde mit 162 gegen 82 Stimmen angenommen.

Nachdem die Lords ihrem Unwillen Luft gemacht hatten, ohne daß das Votum eine weitere Folge hatte, da der königliche Befehl bestehen blieb, wurde die zweite Lesung der übrigen Bestimmungen der Bill einstimmig vorgenommen und am 5. August erfolgte auch die dritte, sodaß die Session nicht als resultatlos, wie man befürchtet hatte, betrachtet werden kann. Die vom Oberhause angenommenen Amendements dazu genehmigte schließlich nach lebhaften Debatten und Mißfallensäußerungen gegen das Ministerium über das Hereinziehen der Prærogative der Krone auch das Unterhaus.

Eine große Menge von Vorlagen und Anträgen, welche bei der Sprechlust über die dargestellten Gegenstände liegen geblieben waren, — allein 70 Abstimmungen machte die Debatte über die Ballotbill (geheime Abstimmung bei den Wahlen) erforderlich und alle diese Mühe wurde durch die Ablehnung der Bill im Oberhause vergeblich — wurden nun im Fluge erledigt, damit eine Herbstsession vermieden werde. Am 21. August wurde diese merkwürdige Sitzungsperiode geschlossen.

Carl Schmeidler.

## Von Florenz nach Rom. V. (Assisi).

Von Dr. Hans Semper.

Nach einstündiger Eisenbahnfahrt sahen wir Assisi vor uns, in schmaler langer Linie an der Mitte eines zweitausend Fuß hohen Berges sich hinziehen. Anfangs durch eine blühende Ebene, dann auf lustiger Straße am Abhang hinauf, führte uns der Omnibus vollends hin. Welch ein unbeschreiblich malerisches Bild von fern wie in der Nähe!

Zur äußersten Linken sehen wir auf mächtigen Substructionen von mehreren Bogenreihen über einander die berühmte Doppeltirche mit den anstoßenden Klöstern des heiligen Francesco über die Felsen hinausragen; hoch über der Stadt auf dem Berggipfel thronen die malerischen Massen des Castells; an verschiedenen Stellen ragen aus den mittelalterlichen Wohngebäuden Thürme und Kirchenrumpfe hervor. Jetzt langt der Wagen vor den mächtigen, alten